

Bernd Grzeszick

Sozialkassenverfahren und Verfassungsrecht

Zur Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zur Sicherung der Sozialkassenverfahren im Baugewerbe sowie der allgemeinverbindlichen Tarifverträge über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe



Nomos

Arbeits- und Sozialrecht
Band 165

Bernd Grzeszick

Sozialkassenverfahren und Verfassungsrecht

Zur Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zur Sicherung der
Sozialkassenverfahren im Baugewerbe sowie der allgemeinverbindlichen
Tarifverträge über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7939-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-2324-4 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Das Recht der Sozialkasserverfahren hat in der Praxis eine erhebliche Bedeutung. Dennoch hat das Rechtsgebiet, das Elemente des Arbeitsrechts mit sozialen Aspekten verbindet, in der juristischen Fachwelt bislang eher weniger Aufmerksamkeit erlangt. Zwei Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts vom September 2016, die in den zentralen Passagen auf verfassungsrechtlichen Ausführungen beruhen, haben dies in Teilen geändert. Aber auch über die in den Entscheidungen und der folgenden Diskussion angesprochenen Aspekte hinaus stellen sich im Recht der Sozialkasserverfahren verfassungsrechtliche Fragen, die einer näheren Aufarbeitung bedürfen. Dies zu unternehmen, ist der Gegenstand der vorliegenden Publikation, deren Ausgangsfragen durch eine Anfrage aus der Praxis mitangeregt wurden. Die unmittelbar einschlägige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom August 2020 erging, nachdem das Manuskript erstellt worden war, konnte aber noch berücksichtigt werden.

Heidelberg, im September 2020.

Bernd Grzeszick

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	13
B. Fragestellung und Aufbau der Untersuchung	15
C. Gegenstand und Kontext der verfassungsrechtlichen Prüfung	17
I. Regelungen des VTV zur betrieblichen Reichweite	17
II. Regelungen des VTV zur Differenzierung der Sozialkassenbeiträge nach Gebieten	18
III. AVE des VTV und SoKaSiG	19
D. Freiheitsgrundrechtliche Aspekte des SoKaSiG	23
I. Koalitionsfreiheit	23
1. Eigenständige Pflichten durch SoKaSiG	23
2. Auswirkungen auf die Koalitionsfreiheit der Außenseiter	24
a) Negative Koalitionsfreiheit	24
b) Positive Koalitionsfreiheit	25
II. Eigentum	26
1. Auswirkungen auf Rückabwicklungsansprüche	26
2. Zahlungspflichten und Gewerbebetrieb	26
III. Berufsfreiheit	27
1. Berufsfreiheit berührt	27
2. Berufsregelnde Tendenz	28
IV. Allgemeine Handlungsfreiheit	29
V. Eingriffsrechtfertigung und Rückwirkung	29
E. SoKaSiG und Rückwirkungsgrenzen	31
I. Allgemeine Vorgaben zu Rückwirkungsgrenzen	31
1. Grundlage: Rechtsstaatlichkeit und Vertrauensschutz	31
2. Allgemeine Voraussetzungen von Vertrauensschutz gegen Rückwirkungen	32
a) Rechtslage generell geeignet zur Begründung von Vertrauensschutz	32
b) Auftreten rückwirkender Belastungen	34

Inhaltsverzeichnis

II. Unterscheidung zwischen echter und unechter Rückwirkung	35
1. Grundsätze der Unterscheidung	35
2. Zeitliche Voraussetzungen echter Rückwirkung	36
III. Grundsätze zur ausnahmsweisen Zulässigkeit echter Rückwirkung	37
1. Echte Rückwirkung grundsätzlich unzulässig	37
2. Ausnahmen einer zulässigen echten Rückwirkung	37
a) Kein schützenswertes Vertrauen auf Bestand des geltenden Rechts	37
b) Übertragende Gründe des Allgemeinwohls	38
c) Bagatellen sowie Verfahrensrecht ohne größere Bedeutung	39
IV. Anwendung auf das SoKaSiG	39
1. Schutz des Vertrauens auf den Bestand des geltenden Rechts	39
a) Vertrauen auf eine verwerfende Gerichtsentscheidung	40
b) Frage des Vertrauens auf Rechtsschein der Wirksamkeit der AVE nicht relevant	41
c) Vertrauen auf die vom Bundesarbeitsgericht festgestellte Rechtslage	43
d) AVE rückwirkend nicht zulässig	43
e) Regelung unmittelbar durch SoKaSiG nicht zulässig	44
aa) Verweis oder Bezugnahme auf Tarifvertrag kann zulässig sein	45
bb) Besondere verfassungsrechtliche Anforderungen	45
aaa) Rücksicht auf Koalitionsfreiheit	45
bbb) Anforderungen demokratischer Legitimation	46
cc) Spezifische Vorkehrungen sowie Darlegung erforderlich	46
dd) SoKaSiG ohne spezifische Vorkehrungen sowie Darlegungen	46
ee) Verweis auf Einhaltung materieller Voraussetzungen des § 5 TVG nicht relevant	48
ff) Differenzierung der Vorgaben nach Handlungsform nötig	49
gg) Fehlender Typenzwang der Rechtsquellen nicht relevant	50

hh) Zwischenergebnis: Ersetzung der AVE durch SoKaSiG unzulässig	50
f) Regelung durch SoKaSiG auch im Übrigen nicht erwartbar	51
2. Überraschende Gründe des Gemeinwohls	51
a) Anforderungen an überraschende Gründe des Gemeinwohls	52
b) Gesetzesbegründung: Annahme möglicher Gefährdung des Bestands der Sozialkassen	52
c) Darlegungen des Gesetzgebers nicht hinreichend	53
aa) Keine näheren Ausführungen zu rechtlichen oder tatsächlichen Aspekten	53
bb) Defizit im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens gerügt und bekannt	53
cc) Der Annahme des Gesetzgebers entgegenstehende Überlegungen naheliegend	54
aaa) Rechtliche Grenzen der Rückabwicklung nicht hinreichend berücksichtigt	54
bbb) Darlegungslast bezüglich Daten und Einschätzungen nur auf Versuchslast reduziert	56
ccc) Weitere entgegenstehende Faktoren	56
dd) Frage nach eigenständiger Pflicht zur Sachaufklärung bzw. Begründung nicht relevant	57
d) Keine Parallele zu Bundesverfassungsgericht zum Verbot von Leiharbeit im Baugewerbe	58
e) Keine Rechtfertigung durch möglicherweise berührte Grundrechte Dritter	59
3. Hilfsweise: Ausschluss der Rückforderungen oder Rückabwicklungen hinreichend	60
4. Hilfsweise: SoKaSiG übermäßig	62
F. Differenzierung der Beiträge nach Gebieten und Art. 3 Abs. 1 GG	65
I. Prüfungsmaßstab des Gleichheitssatzes	65
1. Grundsätzlicher Prüfungsmaßstab	65
2. Kriterien zur Bestimmung dieses Prüfungsmaßstabs	66
3. Weitere Gründe für einen Spielraum des Gesetzgebers	67
a) Besonderer Einschätzungs- und Bewertungsspielraum	68
b) Typisierungen und Pauschalierungen	68
c) Gewährnde Staatstätigkeit	70

Inhaltsverzeichnis

II. Prüfungsintensität für das SoKaSiG	70
III. Prüfung der Differenzierung der Beiträge nach Gebieten	72
1. Verweis auf Tarifverträge nicht genügend	72
2. Verweis auf Voraussetzungen einer AVE nicht genügend	72
3. Rechtfertigungslast der Differenzierung nicht erfüllt	74
IV. Verfassungswidrigkeit auch des SoKaSiG	75
G. Weiter betrieblicher Anwendungsbereich	77
I. Betrieblicher Anwendungsbereich des SoKaSiG	77
1. Baubegriff nach Rechtsprechung	77
2. Ausnahmen nach Rechtsprechung	78
3. Im Zusammenspiel weiter betrieblicher Geltungsbereich	79
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigungserfordernisse und Prüfungsmaßstäbe	80
1. Anforderungen des Gleichheitssatzes	80
2. Anforderungen des Kohärenzgebotes bzw. des Gebotes folgerichtiger Ausgestaltung	81
III. Unzureichende Rechtfertigung	82
1. Reichweite der Rechtfertigung für und durch Bautätigkeit	82
2. Reichweite der Rechtfertigung durch Vermeidung von Tarifpluralität	83
3. Zur Rechtfertigung durch Vermeidung von Tarifflicht bzw. fehlender Tarifbindung	84
4. Beachtung der Sachgerechtigkeit verfassungsrechtlich geboten	85
5. Verletzung des Gleichheitssatzes und der Freiheitsgrundrechte bzw. des Kohärenzgebotes	86
IV. Verfassungswidrigkeit auch des SoKaSiG	87
V. Mögliche Abhilfen	87
H. Verfassungsmäßigkeit von Regelungen des VTV nach AVE	89
I. Verfassungsrechtlicher Maßstab für Tarifvertragsnormen nach einer AVE	89
1. Unterscheidung zwischen VTV, AVE und SoKaSiG	89
2. Grundrechtsbindung eines VTV nach AVE	90
II. Konsequenz: Verfassungswidrigkeit aus den zum SoKaSiG dargelegten Gründen	91

Inhaltsverzeichnis

I. Zusammenfassung der Ergebnisse	93
Stichwortverzeichnis	97

